

## Freihandelsabkommen TTIP

# Mehr Einkommen für alle?

Die Europäische Kommission und die USA verhandeln seit 2013 über das Freihandelsabkommen TTIP. Die wirtschaftlichen Vorteile, die das Abkommen bringen soll, sind jedoch mit vielen Fragezeichen versehen.

Von Sabine Täuber und Miriam Dross

In der Diskussion über TTIP spielen die wirtschaftlichen Vorteile, die mit dem Abkommen verbunden werden, eine wichtige Rolle. Die Aussagen dazu basieren auf einigen wenigen Studien, die unter anderem mögliche Effekte auf den Handel, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und den Arbeitsmarkt berechnen. Mit einer Ausnahme kommen die Studien zu dem Ergebnis, dass TTIP nach einer Übergangszeit von mindestens 10 Jahren zu Wohlfahrtsgewinnen für die EU und Deutschland führt. Alle Untersuchungen verwenden verschiedene Szenarien, die unterschiedliche Liberalisierungstiefen abbilden. Dabei ist die entscheidende Frage, ob mit TTIP nichttarifäre Handelshemmnisse substanziell abgebaut werden. Nur eine Studie kommt zu deutlich negativen Effekten unter anderem für Deutschland (Capaldo 2014). Sie war aber aus methodischen Gründen erheblicher Kritik ausgesetzt (Persson 2015; Rodrik 2015; Bauer/Erixon 2015).

Allerdings sind alle Untersuchungen zu den Auswirkungen von TTIP mit hohen Unsicherheiten behaftet. Eine besondere methodische Herausforderung stellt die Berechnung der Handelskosten von nichttarifären Handelshemmnissen dar. Die Untersuchungen beziehen unterschiedliche Maßnahmen als nichttarifäre Handelshemmnisse ein. Aufgrund der Vielzahl, Vielfältigkeit und Natur der Maßnahmen sind die Handelskosten zudem nur sehr begrenzt objektiv messbar.

Ein Kritikpunkt (u. a. Raza et al. 2014; Myant/O'Brien 2015) ist außerdem, dass die ökonomischen Studien die gesell-

schaftlichen Kosten des Abbaus nichttarifärer Handelshemmnisse unberücksichtigt lassen, beispielsweise weil sie davon ausgehen, dass es nicht zu einer Verschlechterung der Regelungsqualität kommt. Insbesondere bei einer großen Liberalisierungstiefe, wenn auch Regeln betroffen sind, die eine gesellschaftliche Präferenz hinsichtlich Gesundheits- oder Umweltschutzniveaus widerspiegeln, ist dies aber durchaus denkbar. Gesellschaftliche Kosten entstehen auch, wenn der Staat mit Steuergeldern finanzierte Gegenmaßnahmen ergreift, um das gewünschte Schutzniveau dennoch zu halten. Andererseits können Kosten durch Strafzahlungen oder das Freikaufen von Liberalisierungsverpflichtungen oder alternative handelsbezogene Zugeständnisse entstehen. Alle diese Kosten müssen in die Modellrechnungen eingehen, um ein ausgewogenes Bild zu erhalten.

Dass die Verhandlungen wirklich zu einem umfassenden Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse führen, wird jedoch angezweifelt (Myant/O'Brien 2015; Raza et al. 2014; Stephan 2014). Nichtsdestotrotz werden gerade die Ergebnisse, die auf der Annahme einer sehr umfassenden Liberalisierung beruhen, regelmäßig in der Diskussion verwandt. Die mit hohen Unsicherheiten behafteten Modellergebnisse werden im politischen Diskurs eher als Fakten präsentiert. Beides führt zu überzogenen Erwartungen.

Ein differenzierter Blick zeigt, dass die Auswirkungen heterogen sind. Wettbewerbsfähigere Sektoren profitieren grundsätzlich stärker von der Liberali-

sierung. Andere könnten verlieren. Eine Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der Zuwachs an Agrarimporten aus den USA die Exportsteigerungen der EU in die USA deutlich übertreffen würde (Bureau et al. 2014). Auf EU-Ebene werden Vorteile vor allem für Länder gesehen, die sehr wettbewerbsfähige Exportsektoren haben. Für Drittländer werden dagegen oftmals negative Wohlfahrtseffekte berechnet. Von TTIP-Befürwortern werden durchschnittliche Einkommenszuwächse als Argument für das Abkommen genannt. Die Studien weisen zwar verallgemeinerte Durchschnittszahlen aus, differenzierte Analysen fehlen aber. Die Verteilungsfrage innerhalb der Gesellschaft bleibt unbeantwortet. Es gibt eher Hinweise darauf, dass die Teilhabe sehr unterschiedlich sein würde. Die mit dem zunehmenden Handel gewonnenen Produktivitätssteigerungen müssten sich zum Beispiel auch flächendeckend in steigenden Löhnen widerspiegeln, was in den vergangenen dreißig Jahren regelmäßig nicht der Fall war.

Im Ergebnis erscheinen die prognostizierten wirtschaftlichen Vorteile nur wenig belastbar. Zwar sind moderate positive Wohlfahrtseffekte durchaus plausibel. Konkrete Ergebnisse sind jedoch in hohem Maße durch die Wahl der Modelle und die Annahmen, beispielsweise über den Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse bedingt. Dort wo tatsächlich substanzielle Effizienzgewinne durch hohe Angleichungen zu erzielen wären, sind aber auf der politischen Ebene kaum Liberalisierungsfortschritte zu erwarten (Raza 2016). Zudem würde eine starke Angleichung, wenn sie nicht auf dem höchsten Niveau erfolgt, ihrerseits negative ökonomische Auswirkungen haben.

## Anmerkung

Die zitierte Literatur kann bei den Autorinnen nachgefragt werden.

## AUTORINNEN + KONTAKT

**Sabine Täuber** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und **Miriam Dross** arbeitet als Juristin beim Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU).

SRU, Luisenstraße 46, 10117 Berlin.  
E-Mail: miriam.dross@umweltrat.de